

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilschmidt 17)  
bei C. H. Miki & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streisand,  
in L. eferitz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Mittag-Ausgabe.  
Dreihundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. F. Dabbe & Co.,  
Hanselstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Götting  
heim „Invalidendank“.

Nr. 200.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal  
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Freitag, 19. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Petitzeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amtliches.

Berlin, 18. März. Der König hat geruht: Dem Kreis-Wundarzt  
des Kreises Westhavelland und Stadtphysikus Dr. Wolrad Kreusler zu  
Brandenburg a. N. und dem Kreis-Wundarzt des Kreises Westpreignitz  
Dr. Eduard Gerhard Jagemann zu Wittenberge den Charakter als  
Sanitäts-Rath, sowie dem Kunst- und Handelsgärtner Gustav Schmidt  
zu Berlin das Prädikat eines königlichen Hoflieferanten zu verleihen.  
Bei der hiesigen königlichen Münze ist die zweite Münzwarden-  
stelle vom 1. April d. Js. ab dem Münzwarden Bork aus Frank-  
furt a. M. verliehen worden.

Der praktische Arzt Dr. v. Naesfeld ist unter Belassung sei-  
nes Wohnsitzes in Dorsten zum Kreiswundarzt des Kreises Neckling-  
hausen ernannt worden.

Der Oberförster Brück zu Steinau ist auf die durch den Tod des  
Oberförsters Cyber erlebte Oberförsterstelle zu Friedersdorf im Regie-  
rungsbezirk Potsdam und der Oberförster Rabe zu Raseburg auf die  
Oberförsterstelle zu Steinau im Regierungsbezirk Rassel versetzt worden.

## Deutscher Reichstag.

22. Sitzung.

Berlin, 18. März. 10 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesraths Graf  
Stolberg, Hofmann, v. Kameke, v. Stosch, Stephan, Scholz, v. Berdy,  
Maybach u. A.

Das Haus tritt in die dritte Berathung des Reichshaushalts-  
etats ein; eine Generaldebatte findet nicht statt.

Beim Stat des auswärtigen Amtes fragt Abgeordneter Majunke,  
wie sich das Verhältnis zu Belgien stellen werde, sobald der bis  
zum 30. Juni 1880 laufende provisorische Handelsvertrag außer  
Kraft tritt.

Schatzsekretär Scholz kann eine bestimmte Auskunft nicht  
geben.

Abg. Majunke hat die Antwort vorausgesehen, bittet aber  
die Regierung, sobald sie sich schlüssig gemacht habe, dem Reichstag  
von ihren Absichten Kenntnis zu geben.

Beim Stat des Reichsamt des Innern besprechen  
v. G. arlinski und Lingen den Bericht des Reichskommissars  
für das Auswanderungswesen und lesterer fragt, ob die Regierung  
ein Gesetz über dasselbe vorlegen werde.

Staatssekretär Hofmann: Die Verhandlungen über einen  
solchen Entwurf schweben noch; die Absicht, ihn vorzulegen, ist noch  
nicht ausgegeben.

Zum Stat der Verwaltung des Reichsheeres bean-  
tragen Richter (Hagen) und Lasker: die Erwartung auszusprechen,  
dass die Reichsbehörden bei Zuwendung von Inseraten für Zeitungen  
nur die Zweckmäßigkeit der Verbreitung und nicht die politische Partei-  
richtung der Zeitungen in Betracht ziehen.

Abg. Richter (Hagen): Ueber den Fall, der mich zu diesem  
Antrage veranlasst, habe ich jetzt von authentischer Seite nähere Aus-  
kunft erhalten. Die königliche Intendantur der I. Division beantragte  
unterm 16. August 1878 bei der königlichen Regierung in Königsberg  
die Stellung des zum Herbstmanöver des Jahres 1878 erforderlichen  
Vorpanns leitenden der Stadt Königsberg. Ein zur Verbindung des  
Vorpanns anberaumter Termin ist durch die „Ostpreussische Zeitung“  
und die „Königsb. Allg. Ztg.“ publiziert worden, aber keine Offerte ein-  
gegangen. Der Magistrat zu Königsberg wußte nun den Vorpann nach  
Anweisung der königlichen Regierung stellen; er machte aber der  
Intendantur unterm 4. August 1878 darüber Vorstellung, dass die Be-  
kannmachung nicht die erforderliche Verbreitung gefunden habe, da  
die oben erwähnten Blätter benutzt seien, während die „Hartung'sche  
Zeitung“ und der „Straßenanzeiger“ die geeigneten Blätter gewesen  
wären, und dass hierin der Grund zu suchen sei, weshalb die Stellung  
des Vorpanns im freihändigen Wege nicht zu erlangen war. Die  
Intendantur erwiderte unter dem 20. August, dass ihre amtlichen Han-  
dlungen in keiner Weise der Kritik des Magistrats unterlägen, — auch  
eine solche Vorstellung der militärischen Behörden! — weshalb die  
gegen die Vorgänge im Bietungsverfahren beliebigen Ausstellungen  
entschieden zurückgewiesen werden müßten. Der Königsberger Magistrat  
entschied sich nun beim Kriegsminister darüber, dass die Intendantur  
die Bekanntmachung nicht in den verbreitetsten und gelesesten Blät-  
tern, der „Hartung'schen Zeitung“ und dem „Straßenanzeiger“, habe  
inserieren lassen, erhielt aber unterm 5. Oktober vom preussischen Mini-  
ster des Innern den Bescheid, dass der Kriegsminister auf das An-  
suchen, den Licitationstermin in der „Hartung'schen Zeitung“ bekannt  
zu machen, nicht eingehen könne, dagegen die Intendantur des Armees-  
korps anweisen lasse, diese Submissionsstermine behufs ihrer weiteren  
Verbreitung künftig auch in dem Regierungsamtsblatt zu veröffent-  
lichen. Das war die Antwort auf die von der sachverständigen Be-  
hörde abgegebene Erklärung, dass der Vorpann deshalb nicht freihän-  
dig beschafft werden konnte, weil die Insertion in den gelesesten Blät-  
tern unterblieben war. Das Regierungsamtsblatt wird in der Stadt  
Königsberg aber nach solchen Sachen gar nicht gelesen. Die politische  
konservative Zeitung, in der das Armeekorps das Inserat veröffent-  
lichen ließ, hat in der Stadt Königsberg nur 1500 Abonnenten, wäh-  
rend die „Hartung'sche Zeitung“ dort 4800 Abonnenten hat. Es ist  
hier eine Schädigung des öffentlichen Interesses in der authentischen  
Art konstatirt; der Magistrat mußte den Vorpann requiriren, obwohl  
er freihändig beschafft werden konnte. Der Fall ist aber nicht vereinzelt,  
sondern offenbar die Folge eines Restripts des Generalkommandos  
vom 25. September 1878, welches eine ganze Reihe der gelesesten  
Blätter Ostpreußens, nämlich alle die, welche sich ohne Zusatz  
aus den geheimen Fonds zu erhalten im Stande sind, von den amt-  
lichen Inseraten ausschließt. Diese sollen, wie die Verfügung sagt,  
alle entweder deutsch- resp. preußenfeindlich oder in entschiedener oppo-  
sitioneller Richtung redigirt werden. Der Oberpräsident ist also bloß  
der Vollstrecker des bekannten preussischen Staatsministerialbeschlusses.  
Diese Sache steht also auf demselben Boden, wie die Vorenthaltung  
von Annoncen gegenüber der „Posener Zeitung“, die der Abg. Richter  
im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache brachte, und wie die  
vom Abg. Majunke erwähnte Vorenthaltung von unentgeltlichen An-  
noncen seitens des Postreklams gegenüber den gelesesten Zeitungen.  
Der Reichstag möge daher die klare Erklärung abgeben, dass er bei der  
Zuwendung von Inseraten kein Parteinteresse gefördert wissen will,  
sondern dass nur das Interesse des Dienstes und die möglichst zweck-  
mäßige Verbreitung der Bekanntmachungen entscheiden sollen.

Abg. v. Puttkamer (Lübben) erklärt, dass die Deutschkonserva-  
tiven in dem Antrage einen unberechtigten Eingriff in die Exekutive  
der Reichsbehörden sehen, die in Betreff der Auswahl der Blätter voll-  
ständig freie Hand haben müßten und nicht solche Zeitungen befördern  
könnten, die es sich zur Aufgabe machen, Maßregeln der Regierung an-  
zugreifen oder tendenziös zu entstellen.

Abg. Lasker wünscht, dass vor dem Eintritt in eine weitere Er-  
örterung des Antrags eine Erklärung vom Bundesrathstische aus über  
denselben gegeben werde.

Kriegsminister v. Kameke: Ich spreche nicht Namens der Reichs-  
Regierung sondern nur für die Militärverwaltung. Diese verfolgt das  
Prinzip, dass ihre Bekanntmachungen, die Interesse für das Publikum  
und die Behörden haben, zunächst nicht statutarische Bestim-  
mungen etwas Anderes vordrängen, in den Regierungs- und Amts-  
Blättern, sondern in den Fachblättern, die keinen politischen Inhalt  
haben, verbreitet werden. Den Lokalbehörden ist es überlassen, außer-  
dem in gewissen Fällen noch andere Zeitungen nach Maßgabe der Ver-  
fügung vom 13. September 1874 zu wählen. Diese Verfügung ist als  
ein Beschluss des preussischen Gesamtministeriums für mich als Mit-  
glied dieses Ministeriums bindend. Ich hatte auch bis jetzt keinen  
Grund, ihr aus materiellen Gründen zu widersprechen. Unsere Lokal-  
behörden haben immer die sogenannten regierungsfreundlichen Blätter  
benutzt; ein ökonomischer Nachtheil für den Reichsschatz hat sich dabei  
nicht herausgestellt. Nach den Angaben des Abg. Richter soll aber  
eine Stadtgemeinde unter diesem Verfahren gelitten haben. Die von  
ihm mitgetheilten Thatfachen kann ich im Ganzen nur bestätigen; nur  
muß ich bestritten, dass die Ursache des Nichterhaltens von Bietern  
aus der Wagenstellungen in der Art der Bekanntmachung lag. Vielmehr  
war der vom Bundesrath für die Wagenstellung  
festgesetzte Preis von 12 Mark den Unternehmern zu ge-  
ring und deshalb meldete sich keiner. Bei der Bestellung von  
Wagen für den königlichen Hof, die besser bezahlt wurden, mel-  
deten sich bei derselben Art von Bekanntmachung genug Bietern. Ein weite-  
rer Fall ist gegen die Militärverwaltung nicht angeführt. Der Abg.  
Majunke hat sich zwar darüber beklagt, dass der „Neisser Zeitung“ von  
der Militärverwaltung keine Inserate zugewendet würden; er hat aber  
keinen Fall angeführt, in welchem die Militärverwaltung Veranlassung  
dazu gehabt hätte. Der Kreisreis der „Neisser Zeitung“ ist haupt-  
sächlich die Landbevölkerung, für welche die Militärverwaltung bisher  
Nichts bekannt zu machen hatte. Es können demnach nur politische  
Gründe sein, die man gegen das bisherige Verfahren der Militär-  
behörden geltend gemacht. Die Reichsregierung selbst hat bisher keine  
Veranlassung gehabt, sich in die Materie einzulassen, und ich glaube  
auch nicht, dass sie jetzt Veranlassung dazu hat, zumal keine Klagen  
laut geworden und keine Mißstände hervorgetreten sind.

Abg. Lasker: Auch in der Verwaltung des Staates und der  
Kriegsverwaltung müssen die gewöhnlichen Gesetze der Logik gelten.  
Ein jeder Beamte muß daher so gut wie jeder Bürger wissen, dass ein  
Inserat durch eine Zeitung mit viel Abonnenten besser verbreitet wird,  
als durch eine Zeitung mit wenig Abonnenten. Dagegen kann man  
nicht anführen, man habe von der Verbreitung in weniger gelesesten  
Blättern keinen Nachtheil gespürt; der gesunde Menschenverstand sagt  
uns und Jeder im Publikum nimmt an, dass die geringe Verbreitung  
eines Blattes den Inserenten schädigt. Wie kommen aber die Mit-  
glieder der Regierung dazu, Staatsgelder anders zu verwenden, als es jeder  
Privatmann nach bestem Gewissen in seinen eigenen Angelegenheiten  
thun würde? Wenn der Kriegsminister sich ein Dienstmädchen in  
Berlin suchen wollte, so würde er das gewiß lieber in der „Vossischen  
Zeitung“ thun, als in „Reichsboten“, der ihm vielleicht politisch mehr  
zuwagt. (Seiterkeit.) Wie kann man es also verantworten, dass  
Staatsgelder, die einem solchen Manne anvertraut werden, nach ande-  
ren und schlechteren Prinzipien verwendet werden, als man dies in der  
eigenen Wirtschaft thun würde? Der Abg. v. Puttkamer war sehr schnell  
fertig mit der ganzen Frage, indem er es ganz natürlich fand, dass die Re-  
gierung solchen Zeitungen nicht Inserate zuwendet, die ihre Maßregeln  
mehr oder minder tadeln. Kennt er denn überhaupt eine Zeitung außer  
denjenigen, die direkt von der Regierung bezahlt werden, die nicht eine  
Maßregel der Regierung tadelte? Der Abg. v. Puttkamer und seine  
Partei scheinen jetzt sehr intime Beziehungen zur Reichsregierung zu ha-  
ben, aber wie war es, als der Reichsschatz die „Neue Preussische Zei-  
tung“ für ein verläumdendes und nichtswürdiges Blatt erklärte, auf  
das man nicht abonniren dürfte? Dürften ihr da Inserate zugewendet  
werden? Die Regierung stellt reichs- und staatsfeindliche Zeitungen und  
oppositionelle Zeitungen in eine Reihe. In gewöhnlichen Zeiten würde  
man den Ausschluß von reichs- und staatsfeindlichen Zeitungen für  
selbstverständlich gehalten und sich nur gewundert haben, dass solche  
überhaupt in Deutschland existiren, da wir doch ein Preussisches haben.  
Aber seitdem man diese Bezeichnung auf die Parteien angewandt hat,  
die die Regierung nicht unbedingt unterstützen, hat sie ihre Bedeutung  
verloren. Schon beim Beginn des Kulturkampfes bezeichnete man eine  
ganze Partei als „reichsfeindlich“, ein Ausdruck, den ich immer getadelt  
habe. Dadurch haben Sie dem Ausdruck die unehrenhafte Nebenbedeu-  
tung genommen, die er für jeden Deutschen haben müßte. Nun gehen  
Sie so ganz glatt über auf oppositionelle Zeitungen. Das waren im  
vorigen Jahre die unter den Auspicien v. Bennigsen erschienenen, als  
es noch schien, als könne er sich nicht entschließen, alle Zölle zu bewil-  
ligen. Damals waren die Blätter des Zentrums im eminenten Sinne  
reichsfeindlich. Wie sie heute bezeichnet werden, weiß ich nicht; wahr-  
scheinlich während der Debatte über die Militärvorlagen als oppositio-  
nell und reichsfeindlich, und in Steuerfragen als reichsfeindlich. Wie  
können Sie selbst, da Sie keine Partei im Hause haben, mit der Sie  
sich in festem Anschluß befinden, von entschiedenen oppositionellen Blät-  
tern sprechen, die nicht verdienen, dass der Staat durch sie die Befrie-  
digung seiner Bedürfnisse am besten herbeiführe? Die gestrige Rede  
des Abg. v. Kleist-Nesow über die Gewerbeordnung übertraf an Feind-  
seligkeit gegen das jetzige Gesetz bei Weitem die Rede des Sozialdemo-  
kraten. Ist nun Herr v. Kleist-Nesow reichsfeindlich, staatsfeindlich  
oder nur entschieden oppositionell? (Seiterkeit) oder genügt es Ihnen  
schon, wenn man nur allgemein reaktionär ist, selbst wenn man die  
sonst von der Regierung als reichsfeindlich bezeichnete Methode an-  
wendet? Es ist also die reinste Willkür, mit der die Regierung über  
ihre Gelder verfügt. Der Kriegsminister, der Generalpostmeister und  
wie alle diese hohen Herren heißen, würden sonst recht ökonomisch zu  
Werke gehen, nur da, wo sie fremde Gelder ausgeben, glauben sie das  
politische über das ökonomische Interesse des Staates setzen zu dürfen.  
Bei solchen Kleinigkeiten hätten Sie nicht den höchsten Trumpf aus-  
spielen sollen; wenn Sie keine Parteiregierung sein wollen, so müssen  
Sie nicht zu diesen kleinen Mitteln Ihre Zuflucht nehmen (Sehr

richtig!); sonst wird man sagen, Sie brauchen die großen Worte von  
Unparteilichkeit, so lange Sie sich in großen idealen Zügen zu bewegen  
glauben, wo es sich aber um Geldsachen handelt, werden die kleinlich-  
sten Mittelchen angewendet, um mit Staatsgeldern Parteinteressen zu  
fördern und nicht das Staatsinteresse.

Abg. von Kardorff: Der Abg. Lasker hat Recht, dass von  
der Regierung beobachtete Verfahren als eine große Härte zu bezeich-  
nen; sollten wir freilich einmal eine fortschrittliche Regierung erleben,  
so würde diese noch härtere Maßregeln gegen die Konservativen ergrei-  
fen. Im Ganzen soll die Verbreitung des Blattes das Kriterium für  
die Zuwendung von Inseraten sein; aber dass die politische Richtung  
absolut gar nicht in Betracht komme, kann man der Regierung nicht  
zumuthen, sonst hätte sie auch den sozialdemokratischen Blättern  
Annoncen zuwenden müssen, als diese noch die bei Weitem verbreitetsten  
waren. Der Antrag Richter geht daher zu weit und deshalb muß ich  
ihn zu meinem Bedauern ablehnen.

Abg. Windthorst: Ich werde dem Antrag beitreten; er ist  
kein Eingriff in die Exekutive, denn die Volksoertretung hat das Recht  
auszusprechen, wie sie die Exekutive gehandhabt zu sehen wünscht. Das  
Ermeßen der Regierung wird dadurch nicht beschränkt; nur sollen po-  
litische Rücksichten nicht maßgebend sein. Die Entziehung von Inse-  
raten ist gegen alle Parteien gebraucht worden, mit Ausnahme der des  
Herrn v. Puttkamer. Dass kein Schaden durch das Nichtinseriren in  
der „Neisser Zeitung“ geschehen sei, kann der Minister gar nicht wissen;  
die Unkenntnis der Landbevölkerung kann von städtischen Speculanten  
sehr wohl ausgebeutet worden sein. Wenn wir den vorgeschlagenen  
Beschluss annehmen, so muß das Partikular-Ministerium für Preu-  
ßen darauf Rücksicht nehmen. Den Herrn Kriegsminister aber bitte ich,  
seinen Einfluß im preussischen Gesamtministerium dahin geltend zu  
machen, dass dessen Beschluss baldigt aus der Welt geschafft werde.

Abg. Majunke: Auf meine Beschwerden hat auch der Gene-  
ralpostmeister erklärt, dass keine Klagen aus dem Publikum zu seinen  
Ohren gekommen seien; das liegt daran, dass das Publikum sich bei den  
Redaktionen beschwert, und diese erst sich an die Reichsverwaltung  
wenden. Auf Verlangen will ich binnen 14 Tagen aus dem Publikum  
Beschwerden mit 10—20,000 Unterschriften beibringen. Die „Neisser  
Zeitung“ hat nicht nur ländliche Abonnenten, vielmehr in der Stadt  
mehr als das von der Regierung gewählte Blatt. Die Militärbehör-  
den haben ihr übrigens seit meiner Beschwerdeführung schon Inserate  
zugewendet.

Schatzsekretär Scholz: Ich lasse die preussischen Verhältnisse  
außer Betracht; für die Reichsbehörden, an welche sich der Antrag  
wendet, bestehen bis jetzt keine besonderen Vorschriften über diesen  
Punkt. Der Antrag ist also eine Aufforderung, solche Vorschriften zu  
erlassen. Dass hierbei das finanzielle Moment, die Sparsamkeit ins  
Auge gefasst werden muß, ist ganz richtig; das ist auch bisher immer  
geschehen und würde bei allgemeinen Vorschriften nicht außer Acht ge-  
lassen werden. Aber bei allen Aktionen der Regierung darf nicht nur die  
Zweckmäßigkeit allein maßgebend sein, es darf niemals das Deforum  
vergesen werden. Der Antrag verlangt also zu viel, wenn er nur die  
Zweckmäßigkeit berücksichtigt wissen will. Die Regierung kann auch das  
Zweckmäßige nicht thun, wenn es sich mit ihrer Würde und ihrer  
Stellung zum Volke nicht verträgt. Es wird daher bei der Zumen-  
dung von Inseraten auch darauf Rücksicht zu nehmen sein, in welcher  
Art die Parteistellung in dem Blatte zur Geltung kommt.

Abg. Richter: Ich wollte fragen, ob für das Reich ein Erlaß  
in dieser Angelegenheit erfolgt sei. Die Antwort hat mir der Vor-  
redner schon gegeben. Ich konstatire mit Freuden, dass der Reichs-  
kanzler schon in ihm sehr fern stehenden oppositionellen Blättern amt-  
liche Bekanntmachungen mit seiner Unterschrift veröffentlicht, also ein  
weit zweckmäßigeres und seiner Autorität würdigeres Verfahren einge-  
schlagen hat als das preussische Ministerium. Ich hoffe, dass der  
Kriegsminister entschieden bemüht sein wird, den preussischen Ministerial-  
beschluss zu beseitigen, der der Regierung wenig Vortheil, aber sehr  
viel Schaden bringt.

Abg. Richter (Hagen): Es ist doch eine grausame Ironie, die  
sozialdemokratische Presse, die augenblicklich von Gesekwegen nicht  
existirt und auf eine längere Reihe von Jahren ausgeschlossen werden  
soll, als Argument gegen meinen Antrag aufzuführen. Wenn die  
Regierung das Deforum und nicht die politische Richtung entscheiden  
lassen will, so muß sie meinen Antrag ganz gerechtfertigt finden; denn  
eine Verletzung des Deforums wird keine Partei von ihr verlangen.  
Die „Hartung'sche Zeitung“ hat, wie Niemand leugnen wird,  
einen so gemäßigten Ton, dass das Deforum gar nicht in  
Frage kommt. Auch hat das Generalkommando nicht diese  
Zeitung allein, sondern alle selbstständigen Blätter der Provinz  
Ostpreußen ausgeschlossen und dabei als Grund nicht das De-  
forum, sondern die „entschiedenen oppositionelle Richtung“ angegeben.  
Wir haben es hier nur mit der Ausführung des politisch  
tendenziösen preussischen Ministerialbeschlusses zu thun. Warum die  
Leute nicht zum Bieten erschienen sind, kann der Kriegsminister nicht  
wissen, denn dazu müßte er erst wissen, wer erscheinen konnte und doch  
nicht erschienen ist. Gegenüber dem amtlichen Gutachten des Magi-  
strats charakterisiren die Gründe des Ministers sich als eine spätere  
Ausrede umsomehr, als sie in dem ganzen Beschwerdeverfahren nie  
geltend gemacht worden sind. Der Abg. v. Kardorff wird wohl wissen,  
dass viele Kommunalverwaltungen unter dem Einfluß von Männern  
stehen, die sich zur Fortschrittspartei zählen. (Unruhe.) Ich brauche  
nur auf Ostpreußen zu verweisen. Im ostpreussischen Provinzialland-  
tag haben wir die Majorität und der ostpreussische Landesdirektor ist  
unser Parteigenosse von Sauten-Larputschen. Was würden Sie nun  
sagen, wenn die ostpreussische Provinzialverwaltung dieselbe Praxis an-  
wenden wollte, wie die Regierung? Sollte irgend eine untergeordnete  
Person wirklich jemals einer konservativen Zeitung, obwohl sie die  
weitverbreitetste ist, die Annoncen vorenthalten, so würde das gerade  
von unserer Seite dieselbe scharfe Beurtheilung finden wie der vorlie-  
gende Fall, weil wir es vollständig verschmähen, uns auf so kleinliche  
Mittelchen zu stützen und nicht auf die besseren Gründe, die Macht der  
Ueberzeugung.

Abg. v. Kardorff: Die fortschrittliche Kommunalverwaltung  
von Berlin wendet auch der „Norddeutschen Allgemeinen“ und der  
„Post“ keine Inserate zu, obwohl sie weiter verbreitet sind, als viele  
fortschrittliche, von ihr benutzte Blätter.

Abg. Richter: Ich muß dies durchaus bestritten; da, wo es der  
Verbreitung irgendwie vorthelhaft war, sind derartige Inserate allen  
größeren Zeitungen zugewendet worden; ich selbst habe in diesen Blät-  
tern derartige Inserate gefunden.



Der Antrag Richter wird gegen die Stimmen der Konservativen und des Abg. v. Treitschke angenommen.

Beim Kapitel Militärgeldlichkeit empfiehlt Abg. Witte (Schweidnitz) dem Kriegsminister die Aufbesserung der ganz unzulänglichen Gehälter der Militärgeldlichen; ein Divisionspfarrer z. B. beziehe nur 3800 M. jährlich.

Beim Etat der Marineverwaltung will Abg. v. Ohlen und Andersson seinen Antrag auf Einziehung eines Marineinspektors zwar nicht wieder einbringen, findet es aber doch befremdlich, daß der Chef der Admiralität so gar nichts in dieser Sache zu sagen wußte, und bleibt dabei, daß eine Trennung des Oberkommandos von der Verwaltung notwendig sei. Die neuliche Rede des Abg. Meier sei ein schlagender Beweis dafür. Leider habe die Presse ihn zu wenig unterstützt. Bevor die Angelegenheit im Parlament zur Sprache kam, sei auf alle möglichen Fehler aufmerksam gemacht worden, jetzt sei es plötzlich stille geworden. Den Grund hierfür könne er nur in einem Byzantinismus finden, wie er sonst nur bei Hölzlingen zu Hause sei. Das „Berliner Tageblatt“ habe vor Einbringung seines Antrages einen Artikel gebracht, der eine ganz ähnliche Forderung wie die von ihm formulierte wahr bestärkte. Jetzt verlautet nichts mehr davon. Ein anderes Blatt, die „Post“, schien von dem Antrage geradezu entsetzt zu sein. Trotz dieser Haltung vieler Blätter habe er eine so hohe Meinung von der Presse im Allgemeinen, als daß er nicht glauben sollte, daß auch diese Blätter sich wieder ermannen und ihn unterstützen würden. Und wenn erst die Diskussion darüber in Fluß sei, werde die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Reform in der Marineverhältnissen sich bald Bahn brechen.

Abg. Richter (Hagen): Ich glaubte bisher, daß die dritten Lesungen des Etats dazu da sind, Interpellationen an die Regierung zu stellen und nicht an die Redaktion des „Berliner Tageblattes“. Der Herr Vorredner hätte wohl besser gethan, im Bismarcktheil dieses Blattes seine Gedanken zu veröffentlichen. Er findet die Haltung der Presse schwach, vielleicht hält die Presse seine Sache auch für schwach und hat keine Lust für sie einzutreten. Mit Ausdrücken, wie „Hölzlinge“ und „Byzantinismus“ muß man nicht so verschwenderisch sein. Es kommt mir auch so vor, als ob hier ein Hölzling- und Byzantinismuswettbewerb mitpielt. Ich erkenne es ja an, wenn ein Abgeordneter, wie der Herr Vorredner, seine ganze parlamentarische Kraft auf diese eine Sache konzentriert (Geisterstille), obgleich ich nicht weiß, ob das bloß eigene Spinnrad seines Gemüthes ist oder ob noch andere Faktoren dahinter stehen. Man braucht in dieser Beziehung wohl nicht lange zu suchen. Es ist jedenfalls eigentümlich, daß Herr v. Ohlen, nachdem er in der zweiten Lesung seine Unterstützung für die Sache gefunden, ja, wie ich glaube, selbst nicht einmal für seinen Antrag sich erhoben, jetzt in der dritten Lesung darauf zurückkommt. Ich bin sonst auch jähler Natur in der Verfolgung von Fragen, aber zu dieser Ausdauer habe ich es noch nicht gebracht. Es kann ja sein, daß dem Herrn Abgeordneten für Briefe besondere seemannische Erfahrungen zur Seite stehen — bekanntlich wächst die seemannische Erfahrung mit der Weite der Entfernung von der Küste —; ich habe über diese Frage bisher nur parlamentarische Erfahrungen, und nach diesen stehen meine Ansichten denen des Herrn Vorredners diametral gegenüber. Als wir noch die Einrichtung des Generalinspektors hatten, wurde im Reichstage Klage geführt über ein solches Doppelwesen in der Marine. Nach dem Tode des Prinz-Admirals stellte ich in der Budget-Kommission den Antrag auf Einziehung dieser Dotation, und er ging ohne Widerspruch der Parteien, ja ohne erheblichen Widerspruch der Regierung durch. Die Analogie des Landheeres ist nicht zutreffend, weil die Personal-Angelegenheiten, das Kommando in der Marine so eng mit der Verwaltung verflochten sind, daß eine Trennung beider gar nicht möglich ist. Zudem würde mit Schaffung eines Inspektors der letzte Rest von Verantwortlichkeit der Marineverwaltung vor dem Reichstage verloren gehen; denn dann würde man sich einfach auf den unwertmüthlichen Inspektur berufen, und wir würden nicht einmal die geringe Auskunft erhalten, die wir vom Herrn Marineminister insofern bekommen haben, als wir die Sache hier zur Diskussion haben bringen wollen, und er uns hat Rede stehen können.

Abg. v. Ohlen vernahm sich hierauf in einer persönlichen Bemerkung gegen die Unterstellung des Abg. Richter, als ob sein Antrag von irgend welchen „anderen Faktoren“ beeinflusst gewesen sei.

Abg. Richter bittet in Folge einer Aufforderung des Seeschiffersvereins in Danzig den Chef der Admiralität, daß in den nächsten Etat die Mittel für eine derartige Einrichtung der Agentur der Seewarte in Neufahrwasser gestellt werden, daß dort eine Prüfung und Regulierung der Chronometer von Schiffen der Handelsmarine ermöglicht werde.

Der Chef der Admiralität erwidert, daß er dazu bereit gewesen, daß jedoch von anderer, ebenfalls beteiligter Seite dagegen Widerspruch erhoben sei.

Beim Etat der Reichsjustizverwaltung kommt der Abg. v. Ludwig zunächst auf die für den gewöhnlichen Mann unerschwinglich hohen Kosten des neuen Gerichtsverfahrens zu sprechen und empfiehlt eine Aenderung der Ästiengesetzgebung in der Richtung, die durch eine Begrenzung des alten preussischen Landrechts vorgezeichnet sei, das viel geschiedter sei als das ganze moderne Recht; darin werde der Betrug und die Verschwendung des Publikums ganz im Allgemeinen unter Strafe gestellt. Er empfehle den betreffenden Paragraphen der näheren Würdigung der Reichsregierung, damit endlich die Ausfüllung einer so fühlbaren Lücke in unserem modernen Strafgesetzbuch eintrete, das die Lust und Freude aller Schurken und Spitzbuben und der Schmerz aller ehrlichen Leute sei. (Der Präsident, der verstanden hat „Schut“ aller Schurken und Spitzbuben, ruft den Redner zur Ordnung und hält seinen Ordnungsruf auch aufrecht, als der Redner sein Diktum [Lust anstatt Schutz] richtig stellt.) Unter den gegenwärtigen Umständen sind wir schon dahin gekommen, daß einer ansichtslos als Oberbürgermeister befähigt wird, obgleich er ein Paradigma des echten Gröndelthums ist, und es sollte mich gar nicht wundern, eines Tages einen tüchtigen Schüler des Baruch Hirsch Straußberg auf der Ministerbank zu sehen.

Beim Etat des Reichsschatzamts plaidirt der Abg. v. v. Mirbach für die Doppelwährung und tadelt die zu rasche Durchführung der Goldwährung. Der gegen die zur Zeit noch de facto bestehende Doppelwährung gemachte Einwurf, daß die Unzuverlässigkeit des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber zu großen Uebelständen führe, sei nicht stichhaltig; denn das heutige Verhältniß zwischen Gold- und Silberwerth, 15:1, sei das Durchschnittsverhältniß eines ganzen Jahrhunderts. Die Durchführung der reinen Goldwährung liege nur im Interesse des mobilen Kapitals und werde auch von diesem mit allen Kräften unterstützt; die Doppelwährung aber liege auch im Interesse des immobilien Kapitals. Wären wir bei der Doppelwährung stehen geblieben, so wären die großen Summen, welche die Durchführung der Goldwährung bisher schon gekostet, erspart worden. Die Gelder, welche die Durchführung noch immer kosten und kosten werde, seien nicht flüssig, sondern müßten durch Anleihen aufgebracht werden, was einer Belastung aller Steuerzahler zu Gunsten der großen Kapitalisten gleichkomme. Der Abg. Bamberger sei es, der durch seine Autorität die Münzgesetzgebung hier im Reichstage hauptsächlich zu Wege gebracht habe, derselbe Abg. Bamberger, der jüngst in Erwiderung auf eine Rede Herrn v. Kardorff's gesagt habe, man solle doch Deutschland nicht in den Schein setzen, als bestände es aus einer Majorität von schlechten Schuldnern. Unter der Herrschaft der Goldwährung erhielten die Staatspapiere auf dem internationalen Markt allerdings einen höheren Werth, aber der preussische Finanzminister habe sich doch selbst dagegen erklärt, die preussischen Anleihen auf den ausländischen Markt zu werfen, weil dadurch eine Art von Abhängigkeit vom Auslande entstehe. Auch Bismarck, so viel er wisse, ein Mitglied der Fortschrittspartei, habe es bedauert, daß die preussischen Konjols den ausländischen Markt aufgesucht hätten, wenn auch dies auch ohne Zuthun des Finanzministers geschehen. Die Frage der

Doppelwährung sei keineswegs eine Parteifrage, wie die linke Seite des Hauses anzunehmen scheine (die Bänke auf der linken Seite des Hauses haben sich während der Rede des Abgeordneten v. Mirbach sehr stark gelichtet): er könne versichern, daß auch seine Partei in dieser Sache sich noch nicht völlig schlüssig gemacht habe, und ein Organ der Fortschrittspartei, die „Volkszeitung“, habe sich erst unlängst gegen die Goldwährung ausgesprochen. Er erwarte auch seitens der Regierung keine bestimmte Erklärung in dieser Sache; eine solche würde eher schädlich als nützlich sein.

Abg. v. Hellendorff (Bedra) erklärt, daß unter dem „wir“, das der Herr Vorredner im Eingange seiner Ausführungen gebraucht hat, nicht seine, die deutsch-konservative Fraktion zu verstehen sei.

Abg. Dr. Bamberger: Ich hoffe mir diesmal den Dank des Hauses, dessen Mitglieder zum großen Theil heute noch abreisen wollen, mit größerer Sicherheit, als es mir sonst gelingt, zu verdienen, wenn ich es heute in der dritten Etatsberatung nicht mit einer Würde beende. Nur aus Urbanität gegen den Freiherrn v. Mirbach will ich ein paar Worte sagen, damit er mein Schweigen nicht dahin mißdeute, als hielte ich seine wohlbedachten Auseinandersetzungen der gleichen Behandlung nicht für werth. Zunächst soll er mich nicht als einen Mann darstellen, der sich selbst hier als Autorität aufspielt. Er hat die große Lebenswürdigkeit gehabt, alle meine alten Reden nachzulesen: er soll mir die Stelle aufweisen, wo ich gesagt, daß ich eine besondere Autorität sei. Ich belästige das Haus nicht allzuviel mit Reden; wenn ich einmal spreche, so thue ich, was eines Jeden Amtes ist, da einzugreifen, wo er Bescheid zu wissen glaubt. Wenn daraus der Anspruch auf eine besondere Autorität erwächst, so geschieht das bei jedem Abgeordneten, der wiederholt in derselben Sache spricht. Aber ein für alle Mal bitte ich, mich mit Anzüglichkeiten in Ruhe zu lassen, als hätte ich jemals die Prävention erhoben, mit einer besonderen Ueberlegenheit zu sprechen. Herr v. Mirbach fühlt sich durch meine neuliche Aeußerung gegen den Abg. v. Kardorff, man solle Deutschland nicht in den Schein setzen, als bestände es aus einer Majorität von schlechten Schuldnern, unangenehm berührt. Ich habe also nicht von dem gesprochen, was die Herren selbst mit ihren Anträgen wollen, sondern nur gesagt: wenn die Goldwährung angefochten wird von gewissen Gegnern mit einem Beigeschmack von agrarischen Tendenzen — ich meine das in dem alten klassischen Sinn der Gracchen —, welcher darauf hinausgeht, die Schuldenlast abzuwälzen und eine neue Nivellierung der Gesellschaft herbeizuführen, so bringen Sie uns in den Verdacht, als hätten wir unter den gebildeten und angeesehenen Landwirthen eine Klasse, die nöthig hätte, eine solche agrarische Bewegung mitzumachen, um sich von einer unerträglichen Schuldenlast zu befreien. Herr v. Mirbach wird, glaube ich, nicht der Letzte sein, der eine solche Auffassung beipflichtet. Ich schwärme durchaus nicht für die Exportierung unserer Schulden nach dem Ausland und die Bewegung, die auf dem englischen Börsenmarkt für unsere Konjols stattgefunden hat; ich glaube, Deutschland ist vermögend genug, seine eigenen Staatsschulden aufzunehmen, und es würde — darin bin ich mit dem preussischen Finanzminister einig — um eine Stufe in seiner finanziellen Stellung unter den Nationen heruntersinken, wenn es seine Schulden im Ausland kontrahieren müßte. Ich glaube auch gar nicht an diese ganze Bewegung; sie war ein erfolgloser Versuch der Banquiers, und ich glaube, es war besser so. Die ganze Preisbewegung, die jetzt mit der Einführung der Goldwährung in Zusammenhang gebracht wird, hat also absolut nichts mit derselben zu thun. Die heutigen Betrachtungen des Abg. v. Mirbach sind etwas antiquirt. Ich unterschätze die Bewegung und ihre Vertreter nicht. Der Abg. Mirbach aber hielt seine Reden auswärts, als die Getreidepreise niedrig waren, seitdem sind sie um 50 Prozent gestiegen. Der Roggen, unser Hauptgetreide, ist von 112 M. auf 172 M. per 1000 Kilo hinaufgegangen, ohne daß der Silberpreis sich wesentlich geändert hat. Wo ist also Zusammenhang der Edelmetallpreise mit den Waarenpreisen? Die Waarenpreise waren 5 Jahre einer Krisis niedrig, wie dies für solche Zeiten charakteristisch ist; jetzt gehen sie wieder hinauf, weil wir wahrlich am Ende der Krisis sind; das hat mit der Goldwährung nichts zu thun. Wenn Herr v. Mirbach seine Mitgrundbesitzer in Oesterreich fragen will, so werden sie ihm mit Klagen über Schulden und Belastung gerade so kommen, wie es in Deutschland geschieht. Im galizischen Landtage rief ein Mitglied aus: „Wir galizischen Grundbesitzer sind alle ruiniert.“ Nun, in Oesterreich ist nicht nur Doppelwährung, sondern Papiervährung, und eine größere Erleichterung für den, der Schulden hat, als Papiervährung giebt es bekanntlich nicht. Die generellen Gesichtspunkte des Herrn v. Mirbach sind falsch, ich bin aber nicht in der Lage, heute in dritter Lesung, derartige Grundfälle zu erörtern. Ich verachte die Bedenken gegen die Goldwährung nicht, ich unterschätze die Bestrebungen zu Gunsten einer Doppelwährung bezüglich einer Weltmünzkonvention durchaus nicht; aber ich erachte es doch für bedenklich, wenn ein Punkt, der im Jahre 1873 mit großer Majorität angenommen ist und die ausschließliche Goldwährung einführt, jedes Mal bei der Etatsberatung in dritter Lesung angegriffen und damit die ganze Gesetzgebung der früheren Jahre zur Diskussion gestellt wird. Wohin sollen wir da mit unseren Beratungen kommen und wohin würden wir namentlich kommen, falls wir den Etat nur alle zwei Jahre beraten sollten.

Abg. v. Kardorff: Ich versichte darauf, angesichts der Gesichtsfrage des Hauses dem Abg. Bamberger das zu erwidern, was ich, wie er sich wohl selbst kann denken, gegen ihn auf dem Herzen habe.

Abg. v. Mirbach: Der Abg. Bamberger sagt, meine Ansichten sind falsch; er giebt selbst zu, daß er keine Autorität ist; ich gebe ihm zu, daß er keine Autorität sei.

Bei den einmaligen Aussagen der Postverwaltung beantragte Stephan: Die in zweiter Lesung abgelehnte erste Rate von 100,000 M. für den Neubau eines Postgebäudes am Augustusplatz in Leipzig in Höhe von 75,000 M. wieder einzustellen. Er weist darauf hin, daß die Belassung der Post in den alten Räumlichkeiten eine schwere Schädigung des Verkehrs herbeiführen werde.

Geh. Oberpostirath Sachse bittet um Annahme des Antrages; die Postdirektion in Leipzig habe auf Erfordern berichtet, daß es weder mit der Ordnung und Sicherheit des Verkehrs, noch mit der Rücksicht auf die Gesundheit der Beamten vereinbar sei, den Bau noch ein Jahr lang hinaus zu schieben.

Abg. Richter (Hagen) wäre bereit, diese Position zu bewilligen, wenn das Haus in Bezug auf die Dresdener Kaserne seinem Antrage auf Streichung nachgeben wolle; aber freilich, wenn man für Kasernenbauten so freigebig sei, dann sei für solche Bauten im Interesse des Handels und Verkehrs kein Geld übrig.

Der Antrag Stephan's wird abgelehnt.

Beim Etat der Verwaltung des Reichsheeres beantragte Abg. Richter (Hagen) die Summe für die Dresdener Kaserne von 1½ Millionen zu streichen und hier einmal die viel gepriesene Sparsamkeit zur That zu machen. Man solle der Militärverwaltung nicht geben, was man eben dem Handelslande Leipzig versagt habe. Diese Kaserne sei doppelt so theuer wie eine normale und eine zweckmäßige Revision der Pläne im nächsten Jahre werde bedeutende Ersparnisse ermöglichen.

Oberlieutenant v. d. Planitz bestreitet, daß die Dresdener Kaserne zu theuer ist, die lichterleere Schützenkaserne koste noch mehr. Die Abgg. Frege und Stumm berufen sich auf das Votum der Budgetkommission, welche geglaubt habe, hier überwiege das militärische Interesse das ökonomische, und die Bewilligung der Position empfohlen habe.

Abg. Kardorff bestreitet die Ausführungen Adernann's in zweiter Lesung, daß hier ein vortheilhafter Kauf gemacht sei. Das unten an der Elbe liegende Terrain sei etwa 1 Mark pro Quadratmeter werth, während man hier einem leipziger Speculanten 20 M. zahlt. Auch fehlt es an jedem Grunde, der Stadt Meissen die Garnison, an

deren Besitz sie hängt, weil sie ihren Verkehr belebt, zu nehmen. Gegen den äußeren Feind kann sie dort besser verwendet werden, als in Dresden in einer tief gelegenen Kaserne gegen einen auswärtigen auf den Bergen befindlichen Feind. Aber die Wahrheit muß gesagt werden: der wirkliche Grund der Verlegung nach Dresden ist Mißtrauen gegen die dresdener Bevölkerung, ihr gilt die Maßregel. Dabei möge das Haus die erforderliche Summe streichen!

Abg. K a r d o r f f n n beruft sich auf eine amtliche Auskunft des dresdener städtischen Bauamtes, wonach der Boden in jener Gegend 70—107—120 Mark pro Quadratmeter kostet.

Abg. K a r d o r f f bemerkt dagegen, das gelte für das hoch gelegene, nicht für das Terrain unten an der Elbe.

Die Position wird bewilligt.

Beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern wiederholt Abgeordneter K a b l e die seit Jahren bei jeder Etatsberatung vorgebrachte Klage, daß die Entschädigung, welche Elbschiffahrten vom Reiche für die Erhebung der Zölle und Verbrauchssteuern erhalte, viel zu gering sei und bittet um eine anderweitige gesetzliche Regelung dieser Entschädigung.

Schatzsekretär S c h o l z: In diesem Jahre ist an Elbschiffahrten eine Entschädigung für die Mehrausgaben, welche es für die Zollerhebung leistet, erstattet worden, sie ist auch für das nächste Jahr in Aussicht genommen.

Bei dem Einnahmekapitel: Statistische Gebühr bittet Abg. S c h l u t o w, daß der Bundesrath baldigst eine Bestimmung darüber treffen möge, welche Güter als Waarengüter zu betrachten und deshalb nur eine statistische Gebühr von 10 Pfennigen pro 10,000 Kilogramm zu zahlen haben. Jetzt werde Getreide als Waarengut behandelt, Kleie aber nicht.

Abg. R a u t m a n n bittet, auch die Produkte der Rastindustrie als Waarengüter zu behandeln, weil sonst diese Industrie durch die statistische Gebühr zu sehr belastet werden würde.

Schatzsekretär S c h o l z theilt mit, daß die Verhandlungen darüber im Bundesrath noch schwebten, daß aber bald eine Entscheidung getroffen werden würde.

Abg. S t u m m empfiehlt ebenfalls auf die Rastindustrie Rücksicht zu nehmen.

Beim Etat der Postverwaltung beantragte Abg. Richter (Hagen) die Streichung der in zweiter Lesung mit 107 gegen 105 Stimmen bewilligten dritten Direktorstelle.

Abg. D e l b r ü c k bittet dagegen bei den Beschlüssen der zweiten Lesung stehen zu bleiben. Allerdings sei es ja unerwünscht, daß diese Forderung nicht gleichzeitig mit dem Etat vorgelegt sei; es sei auch sehr schwer, die Nothwendigkeit einer neuen derartigen Stelle dem Hause ziffermäßig nachzuweisen. Die oberste Leitung der Post hatte früher der Handelsminister, dann der Präsident des Bundeskanzleramtes und der Präsident des Reichskanzleramtes. Aber die räumliche Ausdehnung und die intensive Vermehrung der Geschäfte machten die Kombination unmöglich, so wurde der Generalpostmeister an die Spitze der Verwaltung gestellt. Die beiden Abteilungen für Post und Telegraphie blieben bei allen diesen Wandlungen bestehen. Dies ist der erste Antrag auf Vermehrung in den höchsten Stellen. Diese Vermehrung können wir bei der extensiven und intensiven Ausdehnung dieser Verwaltung, und dem Vertrauen, welches wohl Alle in diese Verwaltung setzen, ohne Anstand genehmigen.

Abg. v. B e n d a theilt das Vertrauen, welches der Abgeordnete Delbrück in die Postverwaltung setzt; vor allem aber sei es notwendig, an die Spitze dieser Verwaltung tüchtige leitende Kräfte zu setzen.

Abg. Richter (Hagen): Die Frage sei keine Vertrauensfrage; in England würde ein Vertrauensvotum mit nur einer Stimme Majorität, wie hier in zweiter Lesung, gefaßt, den betreffenden Minister veranlassen, seine Entlassung nachzusuchen. Wollte man aber der Neubildung den Sinn geben, daß der Sekretär im Reichspostamt an die Stelle des früheren preussischen Handelsministers treten solle, daß also hier sich vielleicht ein Verlehrsministerium herausbilden könnte, so wäre dies um so mehr Grund, gegen die neue Stelle zu stimmen.

Abg. v. K a r d o r f f betrachtet die Frage allerdings als eine Vertrauensfrage für die Betriebsverwaltung, nachdem der Verwaltung für ihre Bauten durch die Abstriche ein Mißtrauensvotum gegeben sei.

Abg. W i n d t h o r s t: Von Vertrauen und Mißtrauen ist hier keine Rede; die Abstriche bei den Bauten sind nicht aus Mißtrauen gemacht, sondern weil wir kein Geld haben; hätten wir Geld, dann würde ich die Bauten bewilligen, denn sie pflegen sehr schön zu sein. Ich bewillige die hier in Rede stehende Position nicht aus Vertrauen, sondern aus den Gründen, welche der Abg. Delbrück dargelegt hat.

Staatssekretär S t e p h a n: Die dritte Direktorstelle ist neben den beiden für die Post und die Telegraphie schon bestehenden nothwendig geworden, weil sich die Anzahl der Sachen, die weder mit der Post noch mit der Telegraphie in Verbindung stehen, sehr vermehrt hat. Diese Sachen wurden früher beiden Abteilungen zugewiesen; außerdem wurde eine ganze Reihe von Nummern, ca. 66,000, von den Büreaux erledigt. Aus allen diesen Geschäften, wozu die Statistik, das Rechnungs- und Etatswesen, die Personalien, die Bauten, das Disziplinarwesen, die Wittwenkassen u. s. w. gehören, soll die neue Abtheilung gebildet werden. Zu diesen Arbeiten würden hinzutreten: das Postzeitungsamt, das Postanweisungsamt, welches einen jährlichen Umsatz von 300,000,000 Mark zu bewältigen hat, die Telegraphenapparaten-Versorgung und die Reichsdruckerei, die bisher von der Zentral-Instanz reorganisirt. Die neue Einrichtung ist vom Reichskanzler und vom Bundesrath eingehend geprüft worden. Es handelt sich nicht darum, eine Arbeitslast abzuwälzen, ich könnte ja die vermehrte Arbeitslast noch tragen — jam valent humeri — sondern um eine neue organische, nothwendig gewordene Einrichtung.

Der Antrag Richter wird gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und einiger Nationalliberalen und Ultramontanen abgelehnt, alle die neue Direktorstelle bewilligt.

Beim Postetat bringt Abg. L i e b k n e c h t noch einen Artikel des „Reichsanzeigers“ aus dem vorigen Jahre zur Sprache, worin es Schreiben der amerikanischen Postverwaltung publizirt wird, welche dem deutschen Generalpostmeister bescheinigt, daß die Angriffe Liebknecht's gegen denselben wegen Verletzung des Briefgeheimnisses an Amerika eingegangenen Briefen und welche von hohen Funktionären der amerikanischen Postverwaltung in einer Unterhaltung mit einem dortigen Journalisten angeblich als begründet anerkannt sein sollen.

Der Redner behauptet, diese Ehrenerklärung, die sich der Generalpostmeister aus Amerika geholt habe, sei vollständig werthlos und die an dieselbe angeknüpfte indirekte Verächtlichung seiner — des Redners — Wahrheitsliebe ganz unnothig. Er habe damals nicht behauptet, daß Beweise für ein strafbares Vorgehen der deutschen Postverwaltung vorliegen, sondern daß man nur in Amerika über ein solches Klage, wie ein Artikel der „Illinois-Zeitung“ beweise. Keineswegs sei das deutsche Briefgeheimnis bei den Amerikanern so über allen Zweifel erhaben, wie der Staatssekretär Stephan zu glauben scheint.

Von markirten Briefen, die man als Falle für die deutsche Postverwaltung aus Amerika an die Adressen deutscher Sozialdemokraten abgeschickt habe, sei immer nur von 20 einer richtig angekommen. Auch Geldsendungen seien auf diese Weise unterwegs verloren gegangen. Der Redner legt in Amerika verbreitete Karikaturen des deutschen Generalpostmeisters und seiner Wahrung des Briefgeheimnisses auf dem Tisch des Hauses nieder, wo sie von den Mitgliedern des Hauses eifrig betrachtet werden. Er bringt sodann eine längere Reihe von Einzelfällen vor, wo der Inhalt von verschlossenen Sendungen für deutsche Sozialdemokraten widerrechtlich von der Post erlischend und dann der Polizei resp. dem Staatsanwalt ausgeliefert seien.

erhebt sich, jeden Fall vor Gericht oder vor einer ad hoc niedergesetzten Kommission des Hauses mit Beweisen zu belegen. So sei die



Post eine Schule der Spionage und der Denunziation geworden. (Ordnungsruß des Präsidenten.)

Oberpostath R r a m m: Die amerikanische Erklärung hat ja ergeben, daß die Angriffe wegen Verletzung des Briefgeheimnisses bei uns unbegründet sind. Klagen über angeblich verloren gegangene Briefe kommen öfter vor, ohne daß bewiesen ist, daß sie auf der Post verloren gingen. Das Sozialistengesetz legt der Postverwaltung verschiedene Verpflichtungen auf, namentlich in Bezug auf Kreuzbände, die sie mit sozialistischen Schriften findet; solche darf sie nicht befördern. Briefe werden nur auf Requisition des Staatsanwalts ausgeliefert, nicht auf Verlangen der Polizei. Jeder Fall von Verletzung des Briefgeheimnisses wird von der zuständigen Oberpostdirektion strengstens untersucht. An diese mag sich auch der Vorredner wenden. Bevor dort die Entscheidung erfolgt ist, kann kein Fall in der Centralinstanz behandelt werden. Daß die Post keinen Spionierdienst leistet, steht allseitig fest.

Abg. Liebknecht: Wie kommt dann die Polizei zur Kenntnis des Inhalts verschlossener Briefe?

Darauf wird der Etat, das Anleihe- und Etatsgesetz unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung definitiv im Ganzen mit großer Majorität angenommen. (Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 539,252,640 Mark, wovon 466,289,719 Mark auf fortbauende und 72,962,921 Mark auf einmalige Ausgaben kommen.)

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, 6. April, 1 Uhr (kleinere Vorlagen, Wahlprüfungen und Petitionen).

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 18. März. Das „Dresdner Journal“ meldet: In Folge einer fatarhialischen Affektion sieht sich der König genöthigt, auf die beabsichtigte Reise nach Berlin zur persönlichen Beglückwünschung Sr. Majestät des Kaisers zu verzichten.

München, 18. März. Das Schwurgericht hat den Redakteur des hier erscheinenden „Bairischen Landboten“, Buchner, wegen Beleidigung des Königs von Baiern zu sechsmonatlicher Festungshaft verurtheilt. Vom Staatsanwalt war eine achtmontatliche Gefängnisstrafe beantragt worden.

Karlsruhe, 18. März. Staatsminister Turban schloß heute Mittag, im Auftrage des Großherzogs, den Landtag mit einer Rede, in welcher er am Schlusse dem Wunsche Ausdruck gab, daß auch den Arbeiten dieser Session ein für die materiellen, geistigen und religiösen Interessen des Landes segensreicher Erfolg beschieden sein möge.

Wien, 18. März. Das Abgeordnetenhaus genehmigte mit 151 gegen 134 Stimmen den Gesetzentwurf, betreffend die Ausgabe von 20 Millionen Goldrente, in dritter Lesung. Auf die Interpellation, betreffend die angebliche Verfolgung der Protestanten in Böhmen, erwiederte der Unterrichtsminister, v. Gypsfeld, die Behörden bewegten sich bei dem Vorgehen gegen gesetzlich nicht anerkannte Religionsgesellschaften stets auf gesetzlichem Boden und von einer Verfolgung der evangelischen Böhmen habe niemals die Rede sein können.

Wien, 18. März. Meldungen der „Politischen Korresp.“ Aus Konstantinopel: Der englische Botschafter, Layard, hat gegen die Finanzkonvention vom 22. November v. J. Protest eingelegt, weil diese Konvention über Staatseinkünfte, die die Garantie der Anleihe von 1862 bildeten, zu Gunsten Anderer verfüge. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist die Resignation des Untergouverneurs von Seres (Macedonien) am 15. d. von Räubern überfallen worden. Die türkische Gendarmerie trieb die Räuber, welche auch einige Häuser angezündet hatten, in die Flucht. Mehrere Räuber blieben todt auf dem Platze. — Aus Skutari: Der Fürst von Montenegro hat eine Volkszählung im Gebiete von Podgoritz angeordnet und die Entwaffnung der Muhammedaner von Krana am Skutarisee, welcher Ort nach dem Berliner Vertrage bei der Türkei verbleiben sollte, ingleichen die zwangsweise Einstellung derselben in die montenegrinische Armee verfügt. Die Pforte ist bemüht, einen Aufschub dieser die Schwierigkeiten steigenden Maßregel in Cetinje zu erwirken.

Rom, 17. März. [Deputirtenkammer.] Fortgesetzte Berathung des Budgets für das Ministerium des Auswärtigen. Nicotera sprach seine Ansichten über die im Laufe der Debatte aufgeworfenen Fragen aus, unterzog die Verwaltung der aus Mitgliedern der Linken gebildeten Ministerien einer Prüfung und gab seinem Bedauern über die Spaltungen der Linken Ausdruck. Mit der Politik der gegenwärtigen Regierung ist der Redner nicht vollkommen einverstanden, erklärt aber dennoch, für das Cabinet stimmen zu wollen. Marfelli, Dellarocca, Umana und Friscia sind von der Antwort des Ministerpräsidenten befriedigt. Visconti-Venosta dagegen nicht. Letzterer motivirte seine Erklärung.

Rom, 18. März. Die Erklärungen, welche gestern der Ministerpräsident Cairoli in der Deputirtenkammer in theilweiser Beantwortung der Rede Cavallotti's bezüglich der Beziehungen Italiens zu Oesterreich abgegeben hat, lauten in amtlicher Feststellung: Ich kann nicht zugeben, daß die Sitzung in der Weise stattfand, daß das Land unter dem Eindruck einer Hypothese bleibe, welche weder in den Thatfachen begründet, noch durch irgend welche Anzeichen gerechtfertigt erscheint. Der Deputirte Cavallotti signalisirte eine Gefahr; ich meinerseits erkläre, daß ich gestern die strenge Wahrheit gesagt habe, sowohl hinsichtlich unserer freundschaftlichen Beziehungen mit Oesterreich, wie hinsichtlich der herzlichen und spontanen Kundgebungen, welche uns anlässlich der übrigens weitaus übertriebenen Rüstungen aus Wien zugekommen sind. Cavallotti hat gesagt, er wolle sich nicht mit einer gewissen ausländischen Presse beschäftigen, derselbe hat dieser Presse indeß eine sehr große Ehre erwiesen, indem er die feindseligen Auslassungen weniger Blätter als von einer befreundeten Regierung ausgehend betrachtete, deren Wohlwollen wir würdigen und mit der wir die besten Beziehungen zu unterhalten gedenken. Diese wechselseitige Freundschaft hat ihre natürliche Begründung in der Achtung der Verträge und im Pflichtgefühl, kurz in den hohen Erwägungen, durch welche bereits meine geistigen Bestimmungen und kategorischen Erklärungen diktiert waren. Der Deputirte Cavallotti sagte, „wir sollen keine Politik der Furcht treiben“. Gewiß nicht, wir wollen eine loyale Politik befolgen und sind überzeugt, daß die weitaus überwiegende Mehrheit des Landes mit uns ist.

Im weiteren Verlauf der Berathung beantragt di Blasio, die Annahme einer dem Kabinete günstigen Tagesordnung. Bonghi bezeichnet die Politik der Regierung als eine ohnmächtige. Minghetti beantragt ein Misstrauensvotum gegen das Cabinet, begründet seinen Antrag und erklärt, daß er z. B. als Minister seinen Kollegen die Frage vorgelegt habe, ob die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich die Interessen Italiens würde gefährden können und daß er eine verneinende Antwort darauf erhalten habe. Der Redner spricht sich sodann gegen die Duldung der Italia irredenta, sowie der republikanischen Vereine aus, erblickt in dem Berliner Vertrage den Keim neuer Komplikationen und bezweifelt, daß die Regierung genügend vorbereitet sei. Cavallotti beantragt die Annahme einer Tagesordnung, in welcher die Zuerstigkeit ausgesprochen wird, daß das Cabinet in den Beziehungen mit Oesterreich das internationale Recht wahren und die Interessen des Friedens mit den Pflichten einer freien nationalen Regierung in Einklang bringen werde. Der Ministerpräsident Cairoli behält sich und dem Minister des Innern Depretis vor, auf die Ausführungen Cavallotti's noch zu antworten, glaubt jedoch sofort die Besorgnisse wegen der von Cavallotti Oesterreich zugeschriebenen kriegerischen Absichten beseitigen zu müssen. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich seien in Wahrheit unbestreitbar. Das Cabinet treibe nicht eine Politik der Furcht, sondern eine Politik der Loyalität und der Achtung der Verträge. — Morgen soll die Berathung fortgesetzt werden.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anmerkungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm	Wind	Wetter	Temp. i. d. Luft
Stunde	82 m Seehöhe			Grad.
18. Nachm. 2	764,8	ND stark	völlig heiter	-2,5
18. Abds. 10	766,6	ND mäßig	heiter	-4,2
19. Morgs. 6	764,2	ND mäßig	ziemlich heiter	-5,6

Wetterbericht vom 18. März, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. red. in mm.	Wind	Wetter	Temp. i. d. Luft
				Grad.
Aberdeen	772,2	S schwach	heiter	3,9
Kopenhagen	770,9	SO leicht	bedeckt	2,2
Stockholm	773,2	WN leicht	wolfig	-5,0
Saparanda	761,9	W leicht	bedeckt	-4,2
Petersburg	763,8	WN leicht	wolkenlos	-14,7
Moskau	755,9	WN still	bedeckt	-16,1
Sofia	764,3	OSO frisch	bedeckt	8,3
Brest	762,1	SO mäßig	bedeckt	9,2
Heider	771,8	WN still	wolkenlos	2,5
Snlt	770,5	WN leicht	wolfig	2,4
Hamburg	770,8	N schwach	Nebel	-0,9
Swinemünde	768,8	W mäßig	bedeckt	0,8
Neufahrwasser	769,8	W schwach	bedeckt	-4,0
Memel	768,9	N schwach	heiter	-9,4
Paris	fehlt			
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	768,5	ND leicht	wolkenlos	1,2
Wiesbaden	769,7	ND still	wolkenlos	1,5
Raffel	769,5	N still	wolkenlos	-1,6
München	767,4	still	Nebel	-3,1
Leipzig	769,4	W leicht	bedeckt	1,7
Berlin	768,9	N leicht	wolfig	3,0
Wien	765,0	W mäßig	bedeckt	2,6
Breslau	764,7	WN Sturm.	Schnee	-3,6

<sup>1)</sup> Seegang mäßig. <sup>2)</sup> Seegang leicht. <sup>3)</sup> Reif. <sup>4)</sup> Seegang mäßig. <sup>5)</sup> Delfers Schneefaher. <sup>6)</sup> Nachts leichter Schneefall. <sup>7)</sup> Reif. <sup>8)</sup> Reif. <sup>9)</sup> Reif, Bodennebel.

Uebersicht der Witterung. Während im Nordseebecken, dem Gebiete höchsten Luftdrucks, und südlich davon, bis zu den Alpen, ruhiges, theils heiteres, theils neblig Wetter herrscht, sind im Südosten des Maximums (Schlesien und Posen) starke bis stürmische Nordostwinde mit Schneefällen, im Südwesten desselben (am Kanal) mäßige bis stürmische Ostwinde mit Regen aufgetreten. Die Temperatur (im Nordwesten wenig verändert) hat im kontinentalen West-Europa meistens beträchtlich abgenommen, so daß der Frost in Ostpreußen Minus 11 Grad erreicht hat. Auf einem schmalen, von Süd-Norwegen bis nach Ungarn reichenden Streifen zeigt sich jedoch geringe Erwärmung.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe. Posen, am 17. März Mittags 3,58 Meter. = 18 = 3,42 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course. Frankfurt a. M., 18. März. (Schluß-Course.) Matt. Lond. Wechsel 20,51. Pariser do. 81,15. Wiener do. 171,65. R.-M.-St.-A. 147. Rheinische do. 157,5. Hess. Ludwigsb. 104,1. R.-M.-Br.-Anth. 133. Reichsanl. 99,5. Reichsbank 152,5. Darmst. 148,5. Meiningen B. 100,5. Dst.-ung. Bf. 720,00. Kreditaktien\*) 262,1. Silberrente 61,5. Papierrente 61,5. Goldrente 74,1. Ung. Goldrente 88. 1860er Loose 124. 1864er Loose 308,00. Ung. Staatsl. 218,00. do. Dst.-Obi. II. 79,5. Böhm. Westbahn 192,5. Elisabethb. 163,5. Nordwestb. 144. Galizier 222,5. Franzosen\*) 233,5. Lombarden\*) 74,5. Italiener 1877er Russen 88,5. II. Orientanl. 60,5. Zentr.-Pacific 110. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —. Nach Schluß der Börse Kreditaktien 262, Franzosen 234, Galizier —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Centralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —.

\*) per medio resp. per ultimo. Frankfurt a. M., 18. März. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 261,5. Franzosen —, Lombarden 74,5, 1860er Loose —, Galizier 221,5, österr. Silberrente —, ungarische Goldrente 87,5, II. Orientanleihe —, österr. Goldrente —, III. Orientanleihe —, Papierrente —, 1877er Russen 88,5. Meiningen Bank —. Schwach. Wien, 18. März. (Schluß-Course.) Kreditaktien matt, Spekulationspapiere schwach, Renten und Bahnen fest. Papierrente 72,00. Silberrente 72,60. Dsterr. Goldrente 86,65, ungarische Goldrente 102,90. 1855er Loose 122,20. 1860er Loose 128,50. 1864er Loose 172,00. Kreditloose 180,70. Ungar. Prämienl. 112,70. Kreditaktien 298,70. Franzosen 273,50. Lombarden 88,10. Galizier 259,50. Reichs-Oberb. 126,20. Parubitzer 133,20. Nordwest-

bahn 168,50. Elisabethbahn 190,00. Nordbahn 239,50. Dsterr.-ungar. Bank 836,00. Türk. Loose 17,50. Unionbank 114,50. Anglo-Austr. 152,75. Wiener Bankverein 148,90. Ungar. Kredit 282,50. Deutsche Plätze 57,55. Londoner Wechsel 118,50. Pariser do. 46,90. Amsterdamer do. 97,90. Napoleons 9,45. Dufaten 5,56. Silber 100,00. Marknoten 58,15. Russische Banknoten 1,25. Lemberg-Gesenowit 158,20.

Wien, 18. März. Abendbörse. Kreditaktien 297,75, Franzosen 272,50, Galizier 258,75, Anglo-Austr. 152,00, Lombarden 87,90, Papierrente 71,80, österr. Goldrente 86,70, ungar. Goldrente 102,65, Marknoten 58,25, Napoleons 9,45, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, Nordbahn —, Wieder befestigt.

Paris, 18. März. (Schluß-Course.) Die Börse schloß trotz Realisirungen in fester Tendenz. 3proz. amortisirt. Rente 84,77, 5proz. Rente 82,27, Anleihe de 1872 117,17, Ital. 5proz. Rente 82,30, Dsterr. Goldrente 75,5, Ung. Goldrente 87,5, Russen de 1877 90, Franzosen 580,00, Lombardische Eisenbahn-Aktien 196,25, Lombard. Prioritäten 267,00, Türken de 1865 10,60. 5proz. rumänische Anleihe 75,00. Credit mobilier 680, Spanier erster 16,5, do. inter. 15,5, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 536, Societe generale 557, Credit foncier 1117, Egypter 290. Banque de Paris 955, Banque d'escompte 785, Banque hypothecaire 622, III. Orientanleihe 60,5, Türkenloose —, Londoner Wechsel 25,29.

Florenz, 18. März. 5 pSt. Italienische Rente 91,52, Gold 22,33.

Petersburg, 18. März. Wechsel auf London 25,5, II. Orient-Anleihe 90,5, III. Orientanleihe 90,5.

London, 18. März. Consols 97,5, Italien. 5proz. Rente 81,5, Lombarden 7,5, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 84,5, 5proz. Russen de 1872 86,5, 5proz. Russen de 1873 85,5, 5proz. Türken de 1865 10,5, 5proz. fundirt. Amerikaner 105, Dsterr. Silberrente 61,5, do. Papierrente 61,5, Ungar. Goldrente 87,5, Dsterr. Goldrente 74, Spanier 16,5, Egypter 57,5. Preuß. 4proz. Consols 97,5. Plazdiskont 3 pSt. Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,66, Wien 12,05, Paris 25,47, Petersburg 24,5.

Newyork, 17. März. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84,5, C. Wechsel auf Paris 5,18,5, 5pSt. fundirt. Anleihe 103, 4pSt. fundirt. Anleihe von 1877 106,5, Erie-Bahn 44,5, Central-Pacific 113, Newyork. Centralbahn 129,5.

Produkten-Course. Köln, 18. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 24,50, pr. März 23,50, pr. Mai 23,50, pr. Juli 22,85, Roggen loco 19,50, pr. März 18,00, pr. Mai 18,00, pr. Juli 17,15, Hafer loco 14,50, Rüböl loco 29,50, pr. Mai 28,70, pr. Oktober 29,60.

Bremen, 18. März. Petroleum großes Geschäft. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,25, pr. April 7,25, pr. Mai 7,35, per August-Dezember 8,00. Alles Brief.

Hamburg, 18. März. (Getreidemarkt.) Weizen loco ruhig, auf Termine still. Roggen loco still, auf Termine matt. Weizen April-Mai 227,5 Br., 226,5 Gd., per Mai-Juni 227 Br., 226 Gd. Roggen per April-Mai 167 Br., 166 Gd., per Mai-Juni 167 Br., 166 Gd. Hafer fest, Gerste ruh., loco 55,5, loco 55,5, per Mai 55,5. Spiritus fest, per März 51,5 Br., per April-Mai 51 Br., per Mai-Juni 51 Br., per Juni-Juli 51 Br. Raffee ruhig, Umsatz 2000 Saek. Petroleum fest, Standard white loco 7,20 Br., 7,05 Gd., per März 7,05 Gd., per August-Dezember 8,10 Gd. — Wetter: Schön.

Marktpreise in Breslau am 18. März 1880.

Festsetzungen der städtischen Markts-Deputation.	gute	Nie-ster drigt.	mittlere	Nie-ster drigt.	geringe	Waare
	Höch-ster M. Pf.	Nie-ster drigt. M. Pf.	Höch-ster M. Pf.	Nie-ster drigt. M. Pf.	Höch-ster M. Pf.	Nie-ster drigt. M. Pf.
Weizen, weißer	22 20	21 80	21 10	20 50	20 10	19 40
Weizen, gelber	21 60	21 40	20 90	20 50	20 10	19 30
Roggen, pro	17 60	17 40	17 20	17 --	16 80	16 60
Gerste, 100	17 20	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40
Hafer, Kilog.	15 70	15 50	15 30	15 10	14 90	14 70
Erbsen	19 50	18 80	17 70	17 30	16 50	15 70

Pro 100 Kilogramm

	fein	mittel	ordinäre
Raps	22	75	21 50
Rüböl, Winterfrucht	21	75	20 50
Rüböl, Sommerfrucht	21	50	19 50
Dotter	21	50	19 --
Schlagleinfaat	26	--	24 --
Gansfaat	16	50	15 50

Kleefagen, mehr Kaufkraft rother gut behauptet per 50 Rlg. 32—39—44—48 M. weißer seine Qualit. gefragt per 50 Rgr. 44—53—62—74 M. hochfeiner über Notiz bez.

Rapsfuchen, unverändert, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde 6,10—6,30 M.

Leinfuchen, in ruhiger Stimmung, per 50 Kilo 9,50—9,70 M.

Lupinen, nur seine Qualität, preishaltend, per 100 Rlg. gelbe 7,20—8,00—8,40 M. blaue 7,10—8,00—8,30 M.

Thymothee, unverändert, per 50 Kilgr. 18—22—25 M.

Bohnen, ohne Zufuhr, per 100 Rgr. 21,50—23,00—23,75 M.

Mais, in ruhiger Haltung per 100 Rgr. 15,50—16,00 M.

Widen, unverändert, per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 M.

Kartoffeln: per Saek (2 Neuschefel a 75 Rgr. Brutto = 150 Pfd.) beste 4,00—4,50 M., geringere 2,50—3,00 M., per Neuschefel (75 Pfd. Brutto) beste 2,00—2,25 M., geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Str. 0,10—0,15 Mark.

Heu: per 50 Kilogr. 2,50 bis 2,80 M.

Stroh: per Schock 600 Kilogramm 19,00—21,00 M.

Rehl: ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 M. — Roggen fein 26,50 bis 27,50 M. Gausbuden 25,50 bis 26,50 M., Roggen = Futtermehl 10,90—11,80 M., Weizenkleie 10,20 bis 10,70 Mark.

Breslau, 18. März. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Kleefaat, rothe fest ordinär 20—28, mittel 30—34, fein 38—42, hochfein 44—48.

Kleefaat, weiße gut behauptet ordinär 35—45, mittl. 48—52, fein 55—65, hochfein 70—75.

Roggen: (per 2000 Pfd) matter, Gefundigt —, Zentner, Abgelassene Rindgisch, —, per März und per März-April 172,— Br. per April-Mai 172 bez. u. Gd. per Mai-Juni 174,50 bez. u. Gd. per Juni-Juli 176,— bez. u. Gd. per Juli-August 170,— Br.

Weizen: per März 218 Br. per April-Mai 220 Br. per Mai-Juni 223 Br. per Juni-Juli 224 Br.

Hafer: Gef. —, Str. per März 151 Gd. per April-Mai 151,50 Gd. per Mai-Juni 153,— bez.

Raps: per März 240 Br. 235 Gd. per April-Mai —.

Rüböl: wenig verändert, Gef. —, Zentner, Loco 55,— Br. per März u. per März-April 53,— Br. per April = Mai 53 Br. 52,50 Gd. per Mai-Juni 53,75 Br. per Juni-Juli 54,50 Br. per September-Oktober 56,50 Br. per Oktober-November 57,— bez. per November-Dezember 57,50 Br.

Petroleum: per 100 Rlg. loco u. per März 29,— Br.

Spiritus: fest, Gefundigt —, Liter, Loco —,— per März und per März-April 60,60 G. per April-Mai 61—61,10 bz. G. u. Br. per Mai-Juni 61,50 Gd. per Juni-Juli 62,30 Gd. per Juli-August 63,20 Gd. per August-September 63,30 Gd. per Sept.-Oktober 60 Gd. Zinf: ohne Umsatz.

Die Börsenkommission.



Newyork, 17. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 13 1/2, do. in New-Oreans 12 1/2. Petroleum in Newyork 7 1/2. do. in Philadelphia 7 1/2. Ob. rohes Petroleum 6 1/2. do. Pipe line Certificates - D 89 C. Mehl 5 D. 40 C. Rother Winterweizen 1 D 48 C. Mais (old mixed) 59 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Kaffee (Rio-) 14 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 7 1/2. do. Fairbanks 8. Speck (short clear) 7 1/2 C. Getreidefrucht 3 1/2.

Glasgow, 18. März. Rohseifen. Mixed numbers warrants 57 sh. 6 d.

### Produkten-Börse.

Berlin, 18. März. Weizen per 1000 Kilo loco 200-240 M. nach Qualität gefordert, gelber Märkischer - M. ab Bahn bezahlt, per März - bezahlt, per April-Mai 228-228 1/2 bezahlt, per Mai-Juni 225 1/2-226 1/2, per Juni-Juli 224-224 1/2 bezahlt, per Juli-August 214-214 1/2, per September-Oktober 209 1/2-210 bez. Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - Mark. Roggen per 1000 Kilo loco 174 bis 183 M. nach Qualität gef. Russ. - a. B. bez., inländ. 177-180 M. ab Bahn bezahlt, Kamm. - M. ab B. bez., per März - M., per März-April - M., per April-Mai 173 1/2-174 bez. G., 174 1/2 B., per Mai-Juni 173 1/2-174 bez. G., 174 1/2 B., per Juni-Juli 172-172 1/2 bez., per Juli-August 164 1/2 bezahlt, per September-Oktober 162 bezahlt. Gefündigt - Ztr. Regulirungspreis - M. bez. - Gerste per 1000 Kilo loco 155 bis 200 nach Qualität gefordert, Russischer 153-157 bez., Pommerischer 158 bis 162 bez., Ost- und Westpreussischer 153-157 bez., Schlesischer 158-162 bez., Böhmer 158 bis 162 bez., Galizischer - bez., per März - M., per April-Mai 149 1/2-149 bez., per Mai-Juni 150 1/2-150 M. bez., per Juni-Juli 151 1/2-151 M. bez., per

Juli-August 151 bez. Gef. - Ztr. Regulirungspreis - bez. - Erbsen per 1000 Kilo Roggen 168 bis 205 M., Futtermaare 155 bis 166 M. - Mais per 1000 Kilo loco 143-148 bez. nach Qualität. Rumän. - ab Bahn bez., Amerikanischer 144 M. f. M. bezahlt. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,50 - 30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 0/1: 29,00 bis 27,00 M. - Roggenmehl incl. Sack, 0: 25,75 bis 24,75 M., 0/1: 24,50 bis 23,20 M., per März 24,00-24,05 bez., per März-April 24,00-24,05 bez., per April-Mai 24,00-24,05 bez., per Mai-Juni 24,00-24,05 bez., per Juni-Juli 24,05 bez., per Juli-August 23,85 bez. Gefünd. - Zentner. Regulirungspreis - bez. - Delfaat per 1000 Kilo Winterweizen 235 bis 244 M., S. D. - bez., N. D. - bez. Winterweizen 230-240 M., S. D. - bez., N. D. - bez. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Fass 53,0 M. flüssig - M., mit Fass 53,3 M., per März 53,2-53,0 bezahlt, per März-April 53,2-53,0 bez., per April-Mai 53,2-53,0 bez., per Mai-Juni 53,8-53,7 bezahlt, per Juni-Juli - bezahlt, per Juli-August - bez., per September-Oktober 56,6 bezahlt, per Oktober - bezahlt. Gefündigt - Ztr. Regulirungspreis - bez. - Leinöl per 100 Kilo loco 66 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 25,2 M., per März 23,8 M., per März-April 23,2 M., per April-Mai 23,0 M., per Mai-Juni - M., per September-Oktober 25,2 G. Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - bezahlt. Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 62,7 bis 63 bez., per März - M., per März-April - M., per April-Mai 62,4-63-62,8 bezahlt, per Mai-Juni 62,5-63,1-62,9 bez., per Juni-Juli 63,3-64-63,7 bez., per Juli-August 64-64,6 bis 64,5 bezahlt, per August-September 64,3-64,9-64,7 bez., per September-Oktober 60,5-60,8-60,7 bez. Gefündigt - Liter. Regulirungspreis - bez. (B. B. Z.)

Stettin, 18. März. (An der Börse.) Wetter: Klare Luft + 2 Grad R. Barometer 28,6. Wind: D., lebhaft. Weizen unverändert, per 1000 Kilo loco gelber inländ. 214 bis 222 M., weiser 214-223 Mark, per Frühjahr 221,5-223-222,5 M. bez., per Mai-Juni 223,5-223 M. bez., per Juni-Juli 224 bis 223,5-224 M. bez., per September-Oktober 209 M. Br. - Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loco inländischer 167-171 M., russischer 167 bis 171 M., Anmeldungen 169 M. bez., per Frühjahr 169,5-170,5-170 M. bez. und Br., per Mai-Juni 169 M. bezahlt, per Juni-Juli 168 M. bez., per September-Oktober 158,5 Mark bez. - Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco Brau- 156-170 M. bez. - Hafer fest, per 1000 Kilo loco inländ. 140 bis 145 M., feiner Pommerischer 150 M. bez. - Erbsen stille, per 1000 Kilo loco Futter- 154-158 M., Rogg- 165-175 M. - Winterweizen per 1000 Kilo loco 225 bis 235 M. bez. - Winterweizen niedriger, matt, per 1000 Kilo loco 220 bis 230 M., per April-Mai 240 M. bez., per September-Oktober 255 M. bez. - Rübsöl matter, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleingehäfen flüssiges 54,5 M. Br., ausmörtiges - M. bez., per März 53,25 M. Br., per April-Mai 53,5 M. Br., per September-Oktober 56,5 M. Br. - Spiritus steigend, per 10,000 Liter vst. loco ohne Fass 61,5 M. bez., mit Fass - M. bez., per März - M. nom., per Frühjahr 61,2-61,7 M. bez., per Mai-Juni 61,8-62,1 M. bez., per Juni-Juli 62,9 M. bez., Br. und Gd., per Juli-August 63,3-63,5 Mark bez., per August-September 63,7-64 Mark bez. - Angemeldet: 4000 Ztr. Weizen, 15,000 Ztr. Roggen, 30,000 Liter Spiritus. - Regulirungspreise: Rübsöl 53,25 M. Spiritus - M. - Petroleum loco 8,1 M. transitio bez., er Schiff 8 - 8,1 Mark fr. bez. Regulirungspreis 8,1 Mark.

(Office-34g.)

Berlin, 18. März. Die auswärtigen Börsen hatten gestern Abend feste Tendenz gezeigt, sonst aber keine Anregung geboten; die Wiener Börse eröffnete geschäftlos; der hiesige Verkehr war anfangs ziemlich gut behauptet, aber ganz ruhig. Die leitenden Spielpapiere setzten etwa zu den gestrigen Schlusscoursen ein, gaben rasch nach. Ein bestimmter Grund war für diese Abschwächung nicht zu ermitteln. Man sprach von großem Baiss-Interesse, von wachsendem persönlichen Misstrauen, welches bei der Ultimo-Regulierung die Prolegation erschweren dürfte, da vom Satz die Marklerbanken die besseren Courie sofort zum Abstoßen von aufgenommenen Waare benutzten. Mehllich geht es auch den anderen Banken und Bankiers, in Folge

### Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 18. März 1880.

#### Preussische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4 1/2	105,60	b3
do. neue 1876	4	99,50	b3
Staats-Anleihe	4	99,50	b3
Staats-Schuld.	3 1/2	95,50	b3
Do. Reichs-Obl.	4 1/2	103,60	b3
Verl. Stadt-Obl.	4 1/2	103,75	b3
do. do.	3 1/2	93,50	b3
Schldo. d. B. Rm.	4 1/2	102,75	b3
Pandbriefe:			
Berliner	4 1/2	107,75	b3
do.	5	103,70	b3
Landb. Central	4	99,80	b3
Rur- u. Neumark.	3 1/2	94,00	b3
do. neue	3 1/2	91,00	b3
do. do.	4	99,25	b3
do. neue	4 1/2		
R. Brandb. Cred.	4	90,00	b3
Ostpreussische	3 1/2	98,90	b3
do.	4 1/2	101,40	b3
Pommerische	3 1/2	90,00	b3
do.	4	99,50	b3
do.	4 1/2	102,20	b3
do.	4	99,10	b3
Sächsische neue	4	99,10	b3
Sächsische altf.	3 1/2	91,40	b3
Schlesische altf.	3 1/2	91,40	b3
do. alte A. u. C.	4 1/2	90,50	b3
do. neue A. u. C.	4 1/2	99,10	b3
Westpr. ritterlich.	3 1/2	100,60	b3
do.	4 1/2	100,60	b3
do. II. Serie	5		
do. neue	4 1/2	103,50	b3
Rentenbriefe:			
Rur- u. Neumark.	4	99,80	b3
Pommerische	4	99,80	b3
Preussische	4	99,70	b3
Rhein- u. Westf.	4	99,90	b3
Sächsische	4	99,80	b3
Schlesische	4	99,80	b3

Souvereignes	20,40	G
20-Francstüde	16,22	b3
do. 500 Gr.		
Dollars	4,22	G
Imperial		
do. 500 Gr.	1393,50	b3
Fremde Banknoten		
do. einlösb. Leipz.	81,10	b3
Frankf. Banknot.	171,95	b3
Defferr. Banknot.	172,00	G
do. Silbergulden	214,25	b3
Russ. Noten 100 Rubl.		

#### Deutsche Fonds.

P. A. v. 55 a 100 Th.	3 1/2	144,10	G
Hess. Prich. a 40 Th.	4	282,10	b3
Bad. Pr. A. v. 67.	4	136,40	b3
do. 35 fl. Obligat.	4	172,50	b3
Bair. Präm.-Anl.	4	135,00	b3
Braunschw. 20thl. 2	4	97,25	b3
Brem. Anl. v. 1874	4 1/2		
Edm. St. Pr. Anl.	3 1/2	133,10	b3
Edm. St. Pr. Anl.	3 1/2	127,00	b3
Goth. Pr. Anl.	5	120,50	b3
do. II. Abth.	5	117,50	b3
Edm. Pr. A. v. 1866	3	188,75	b3
Lübeck. Pr. Anl.	3 1/2	186,00	b3
Mecklenb. Eisenb.	3 1/2	90,40	b3
Mecklenb. Eisenb.	3 1/2	26,90	b3
do. Pr. Anl.	4	124,75	b3
Oldenburg. Looje	3	155,50	b3
D. G. v. P. 110	5	106,90	G
do. do.	4 1/2	102,50	b3
dtich. Hypoth. unfl.	5	103,00	G
do. do.	4 1/2	100,40	G
Mein. Hyp.-P.	5	100,25	b3
Redd. Cred.-P.	5	100,00	b3
do. Hyp.-P.	5	99,40	b3

Bomm. S. B. 1. 120 5	105,75	G
do. II. IV. 110 5	102,25	G
Bomm. III. r. 100 5	99,75	b3
Pr. B. C. S. Br. r. 5	106,75	b3
do. do. 100 5	103,25	G
do. do. 115 4 1/2	104,30	G
Pr. C. B. P. d. r. 4 1/2	101,75	G
do. unfl. r. 110 5	113,00	G
do. (1872 u. 74) 4 1/2		
do. (1872 u. 73) 5		
do. (1874) 5		
Pr. Gyp. A. B. 120 4 1/2	103,75	b3
do. do. 110 5	104,50	b3
Schles. Bod.-Cred. 5	104,75	G
do. do. 4 1/2	104,75	G
Stettiner Nat.-Gyp. 5	100,75	b3
do. do. 4 1/2	100,00	G
Kruppsche Obligat. 5	110,00	b3

#### Ausländische Fonds.

Amerik. rz. 1881	6	101,10	b <sub>3</sub>
do. do. 1885	6		
do. Bds. (fund.)	5	100,90	b <sub>3</sub>
Norweger Anleihe	4½		
Newyork. St.-Anl.	6	117,70	G
Defferr. Goldrente	4	74,60	b <sub>3</sub>
do. Pap.-Rente	4½	61,60	b <sub>3</sub>
do. Silber-Rente	4½	62,10	b <sub>3</sub>
do. 250 fl. 1854	4	112,90	b <sub>3</sub>
do. Gr. 100 fl. 1858	—	342,00	b <sub>3</sub>
do. Lott.-A. v. 1860	5	123,50	b <sub>3</sub>
do. do. v. 1864	—	308,50	G
Ungar. Goldrente	6	88,00	b <sub>3</sub>
do. St.-Gib.-Alt.	5	85,20	b <sub>3</sub>
do. Looje	—	214,50	b <sub>3</sub>
do. Schatzsch. I.	6		
do. do. kleine	6		
do. do. II.	6		
Italienische Rente	5	82,20	b <sub>3</sub>
do. Tab.-Oblig.	6		
Rumänier	8		
Finnische Looje	—	50,50	b <sub>3</sub>
Russ. Centr.-Bod.	5	76,00	b <sub>3</sub>
do. Engl. A. 1822	5	84,20	G
do. do. A. v. 1862	5	84,50	b <sub>3</sub>
Russ.-Engl. Anl.	3		
Russ. fund. A. 1870	5		
Russ. conf. A. 1871	5	86,20	b <sub>3</sub>
do. do. 1872	5	86,25	b <sub>3</sub>
do. do. 1873	5	86,10	B
do. do. 1877	5	88,60	b <sub>3</sub>
do. Boden-Credit	5	77,75	b <sub>3</sub>
do. Pr.-A. v. 1864	5	150,90	b <sub>3</sub>
do. do. v. 1866	5	149,00	b <sub>3</sub>
do. 5. A. Stiegl.	5		
do. 6. do. do.	5	83,10	G
do. Pol. Sch.-Obl.	4	81,10	B
do. do. kleine	4		
Poln. Pfdbr. III. C.	5	65,25	b <sub>3</sub>
do. do.	4		
do. Liquidat.	4	56,90	b <sub>3</sub>
Türk. Anl. v. 1865	5	10,50	b <sub>3</sub>
do. do. v. 1869	6		
do. Looje vollgez.	3	30,50	b <sub>3</sub>

#### \*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 Z.	169,95	b3
do. 100 fl. 2 M.	168,60	b3
London 1 M. 8 Z.	20,50	b3
do. do. 3 M.	20,36	b3
Paris 100 Fr. 8 Z.	81,10	b3
Wien 100 fl. 8 Z.		
Wien 100 fl. 2 M.	171,80	b3
Wien 100 fl. 3 M.	171,15	b3
Petersb. 100 R. 3 M.	211,25	b3
do. 100 R. 3 M.	213,80	b3

\*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pSt., Bankdiskonto in Amsterdam 3, Bremen - Brüssel 3 1/2, Frankfurt a. M. 4, Hamburg - Leipzig - London 3, Paris 3, Petersburg 6, Wien 4 pSt.

von etwas höheren Courien jederzeit sofort Verkaufslust erwecken. Kreditaktien sanken rasch um 3 Mark, Franzosen um 1 Mark, Diskontokommandit-Antheile um 2 1/2 Proz., Deutsche und Darmstädter Bank etwa um 1 Proz.; auch die leitenden Eisenbahnpapiere waren matt, besonders Bergische und Mainzer, deren Mehreinnahme (Plus 138,000 Mark) nicht befriedigte. Dagegen hoben sich Freiburger auf die Feststellung der Dividende auf 4 1/2 Prozent um 1 Prozent. Ganz besondere Beachtung fanden Rumänier, welche auf die Nachricht, daß das Landgericht die Eintragung der General-Versammlungs-Beschlüsse verordnet habe, 2 Prozent anboten, dann aber rasch wieder 1 Prozent einbüßten. Laurahütte lag anfangs ziemlich fest, Dortmund matter; die Glas-

### Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	106,50	G
Bf. f. Rheinl. u. Westf.	4	44,00	b3
Bf. f. Sprit- u. Br.-S.	4	51,00	b3
Berl. Handels-Ges.	4	106,90	b3
do. Kassen-Verein	4	170,00	b3
Breslauer Dist.-Bf.	4	94,25	b3
Centralb. f. S. u. S.	4	17,00	b3
Centralb. f. S. u. S.	4		
Coburger Credit-B.	4	86,75	b3
Coln. Wechselbank	4	99,90	b3
Danziger Privatb.	4	103,60	b3
Darmstädter Bank	4	147,75	b3
do. Zettelbank	4	106,40	b3
Deffauer Creditb.	4	87,50	G
do. Landesbank	4	122,25	G
Deutsche Bank	4	142,60	b3
do. Genossensch.	4	111,50	G
do. Gyp.-Bank	4	92,00	G
do. Reichsbank	4 1/2	153,00	b3
Diskonto-Comm.	4	184,40	b3
Geraer Bank	4	95,60	b3
do. Handelsb.	4	56,00	G
Gothaer Privatb.	4	101,00	G
do. Grundcred.	4	92,50	b3
Hypothek (Hübner)	4		
Königsb. Vereinsb.	4	97,00	G
Leipziger Creditb.	4	148,25	b3
do. Discontob.	4	97,75	b3
Magdeb. Privatb.	4	113,25	G
Medlb. Bodencred. fr.	4	64,00	G
do. Gyp.-B.	4	77,00	G
Meining. Creditb.	4	100,00	b3
do. Hypothekenb.	4	93,10	b3
Niederrheinischer Bank	4	101,00	b3
Norddeutsche Bank	4	163,00	G
Nordd. Grundcredit	4	58,50	b3
Defferr. Kredit	4		
Pföner Spritaktien	4	49,50	b3
Petersb. Intern. Bf.	4	98,30	b3
Pföner Landwirthsch.	4	68,00	b3
Pföner Br.-Bank	4	110,00	b3
Preuss. Bank-Anth.	4 1/2		
do. Bodencredit	4	93,30	b3
do. Centralb.	4	127,00	b3
do. Gyp.-Spielb.	4	101,00	b3
Produkt.-Handelsb.	4	75,90	b3
Sächsische Bank	4	118,60	b3
Schaffhaus. Bank	4	100,00	b3
Schlef. Bankverein	4	105,00	G
Südd. Bodencredit	4	130,25	b3

### Industrie-Aktien.

Braueri. Pabenhof	4	127,00	G
Dannenberg. Rattun.	4	20,25	G
Deutsche Baugel.	4	67,50	b3
dtich. Eisen-Bau	4	5,90	b3
dtich. Stahl- u. Ei.	4		
Donnersmarchhütte	4	62,00	b3
Dortmunder Union	4	13,90	b3
Edm. Stahl-B.	4	33,75	b3
Edm. Stahl-B.	4	41,00	G
Edm. Stahl-B.	4		
Edm. Stahl-B.	4	57,50	b3
Gelsenkirch. Bergw.	4	126,75	b3
Georg-Marienhütte	4	102,60	b3
Gibernia u. Chamr.	4	92,75	b3
Immobilien (Berl.)	4	85,50	b3
Kramsta. Leinen-F.	4	95,10	b3
Lauchhammer	4	43,75	b3
Laurahütte	4	126,50	b3
Lüneburg. Bergw.	4	64,00	b3
Magdeburg. Bergw.	4	128,00	G
Marienhütte Bergw.	4	73,00	b3
Menden u. Sch.-B.	4	97,00	b3
Oberchl. Ei.-B.	4	63,75	b3
Ostend	4		
Phönix B. A. Lit. A	4	79,25	b3
Phönix B. A. Lit. B	4		
Redenb. conf.	4	197,50	b3
Rhein. Nass. Bergw.	4	93,00	b3
Rhein. Westf. Ind.	4		
Stobwasser Lampen	4	25,50	G
Unter den Linden	4	9,75	G
Wobler Maschinen	4	57,00	b3

### Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Altenburg-Zeit	5		
Berlin-Dresden	5	39,25	b3
Berlin-Görlitz	5	73,40	b3
Breslau-Warshaw	4		
Halb.-Soraub.-Gub.	4	87,00	b3
Hannover-Altenb.	5		
do. II. Serie	5		
Leipz. = Gaisch. = Ws.	5		
Märkisch-Posen	5	100,80	b3
Magd. = Halberst. B.	3½	88,25	b3
do. do. C.	5	121,50	b3
Marienb. = Mawla	5	91,75	b3
Nordhausen-Erfurt	5	89,75	b3
Oberlausitzer	5	39,60	b3
Preuss. Südbahn	5	99,75	b3
Posen-Creuzburg	5	73,00	b3